

Pfund
Condensirte Milch
Beste Kindernahrung
Breslauer Molkerei
Gebr. Pfund

Dresdener Nachrichten

41. Jahrgang.

Curt Heinsius Kgl. Hoff. 12
Dresden-N., Tschakstr. 12
Geräuschlose
Thürschliesser
Mal prämiert, 80,000 St. in Function

Dresden, 1896.

Closets & Badeartikel
in größter Auswahl billig!
Friedrich Gappisch
Kgl. Hoflieferant
DRESDEN, A. Marienstr. 11.
gegenüber 3 Raben.
Fabrik: Fischhofplatz

Gummi-Asbest
Alle technischen Waaren von 14
Dichtungen, Steppfächer-Packungen, Schläuche, Wäulen, Klappen,
Wasserstandsgeräte, Oel-
lieferant sofort
Gummifabrik Reinhold Leupold, Dresden-A., Wettsteinstr. 38
Tel. 191

Tuchwaaren.
ff. Palotot-, Rock- und Hosenstoffe in deutschen und englischen soliden Fabrikaten, Billard-, Pelz- und Turntuche.
Reinwollene Tyrolerloden empfehlen
Pörschel & Schneider, Scheffelstr. 19.

MATTONI'S
GISSHÜBLER
SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Nierenkatarrh.
HEINRICH MATTONI
in Olsehbühl-Puchstein b. Karlsbad.

Waisenhausstrasse 34. L. Weidig. Waisenhausstrasse 34.
Grosses Lager von Neuheiten elegant garnirter Damenhüte. — Regelmässige persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris, Wien

Nr. 311. Spiegel: Friedrichsruher Enthüllungen. Spinnrad, Johannismarkt, Schwurgerichtsperiode, Zeit ist Geld, Rhythmisches Witterung: Dienstag, 10. Novbr.

Zu den Friedrichsruher „Enthüllungen“

erhalten wir von derselben Seite folgende Auslassungen:
In dem letzten Artikel der „Hamburger Nachrichten“ über das deutsch-russische Neutralitätsabkommen sind in erster Linie die Stellen bemerkenswert, die sich auf die Haltung Englands beziehen. Es geht daraus für Den, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, mit genügender Deutlichkeit hervor, dass die Befestigung des deutsch-russischen Abkommens ein Ergebnis englischer Einwirkung in Berlin gewesen ist, und wenn der Artikel schließt, es sei von Interesse zu wissen, wann England Kenntnis von der Existenz des Abkommens gehabt habe, so ist die Beantwortung dieser Frage von höchstem Interesse. Der Hamburger Artikel sagt, das Abkommen sei von allen drei Kaiser, also auch von dem jetzt regierenden, gebilligt worden, und wir haben bestimmten Grund zu der Annahme, dass noch kurz vor Ablauf der sechsmonatigen Frist des Vertrags die förmliche Genehmigung zur Verlangung fortbestand. Wenn dieses möglich ist, so kann die Ursache selbstverständlich nicht in einer rein willkürlichen Sinnesänderung des Monarchen gesucht werden, sondern man muss sich fragen: Welche Einwirkungen und Argumente haben dies herbeigeführt? Aus der ganzen damaligen Situation ergibt sich, dass diese Einwirkungen ausschließlich von englischer Seite ausgegangen sein können. Andere als die von höchster englischer Stelle ausgehenden wären zu jener Zeit auch nicht stark genug gewesen, um die Berliner Politik aus ihrem russfreundlichen Kurse, den sie aus der Bismarckschen Zeit her beibehalten hatte, herauszubringen, und außerdem ist, wenn irgendwo dann hier, die Täuschung nach dem Grundsatze: *is tacit, cui prodest unavocellat*. Wenn Fürst Bismarck durch seine Mittheilungen in den „Hamburger Nachrichten“ dies hat feststellen wollen — und wir glauben, dass dies sein Hauptzweck gewesen ist —, so darf man sicher sein, dass ihn, den großen Realpolitiker, nicht das bloße theoretische Bedürfnis nach geschichtlichen Feststellungen geleitet hat, sondern dass dies sehr aktuelle Beobachtungen und Befürchtungen, die der Gegenwart anzuheben, gethan haben. Wir halten es trotz aller offiziellen Abseugung für mehr als wahrscheinlich, dass zur Zeit in ebenso hohen, ja vielleicht in höherem Masse wie 1890 englische Bemühungen in Berlin erfolgten, um das deutsche Staatschiff von Neuem in das antirussische Kielwasser des englischen zu lassen. Weitere Mittheilungen über diese Vorgänge sind intempestiv, aber das Gelegte genügt auch.

Betrachtet man die Hamburger Enthüllung unter diesem Gesichtspunkt, so ergibt sich die Unhaltbarkeit, ja Irrelevanz der Beschuldigung zur Evidenz, welche die Organe der sozialen, fortschrittlichen, liberalen und offiziellen Demokratie auf Grund der Hamburger Veröffentlichungen gegen den Fürsten Bismarck dahin gehend gerichtet haben, dass seiner Publikation das Bedürfnis zu Grunde gelegen habe, den Kaiser persönlich anzukreuzen oder gar den Dreibund zu sprengen. Es ist ein trauriges Zeichen für unser Volk, dass in einem großen Theile der die öffentliche Meinung desselben repräsentirenden Blätter eine derartige Beurtheilung der Motive des Fürsten Bismarck überhaupt hat stattfinden können, und man hat dem gegenüber leider nur die Wahl, zu fragen: Unethisch oder beschämend? Fürst Bismarck hat durch sein Leben und seine Thaten mehr als irgend ein anderer Deutscher bewiesen, dass er „monarchisch bis auf die Knochen“ ist; kein anderer Deutscher hat so unendlich viel wie er für die Wiederherstellung des Königthums und für die Geburt des monarchischen Sinnes im Volke gethan. Die unbedingte Treue und die Pöbelhaftigkeit waren, wie sein Verantwortlichkeitsgefühl vor Gott, die Richtschnur seiner Thaten. Einem solchen Staatsmann zuzutrauen, dass er aus persönlicher Bestimmung und nur um seinen Monarchen zu „kriegen“, resp. dessen politisches Urtheil zu kompromittiren, „wichtige Staatsgeheimnisse verräthe“, ist ebenso widersinnig wie die Annahme, dass der Fürst sein eigenes Werk, den Dreibund, habe zerören wollen, nur weil er die Politik, der dieser Friedensbund dienen soll, nicht selbst mehr liebt.

Ein fortschrittliches Blatt führte neulich als Argumente für den persönlichen Charakter und den persönlichen Zweck des Kampfes, den Fürst Bismarck in der Presse und in seinen Neben gegen die Berliner Regierung geführt habe, an, dass der Altreichstanzler fast alle wichtigen Vorfälle und Entschlüsse, die seit seiner Entlassung im Reich wie in Preußen erfolgt seien, abfällig kritisiert habe. Ja, glaubt denn das fortschrittliche Blatt, dass Fürst Bismarck, wenn er im Amt geblieben wäre, wirklich den Sozialisten, Polen und Liberalen gegenüber dieselbe Politik der Verantwortlichkeit und Freigebigkeit befolgt hätte, wie es unter dem Pseudonym Caprivi geschehen ist? Glaubte das Blatt, dass Fürst Bismarck den Sanftmuthsvertrag mit England, die Handelsverträge mit Oesterreich und Russland geschlossen hätte, dass er die deutsch-russische Gemeinverordnungs mit ihrer Demokratisirung des böhmerischen Regiments und ihrer Vermehrung des bürokratischen Schreibwerks vorgelegt hätte? Und hätte das Blatt es schließlich für wahrscheinlich gehalten, dass unter dem Fürsten Bismarck der Abbruch der guten russischen Beziehungen zu Gunsten Englands erfolgt sei? Jeder vernünftige Mensch und Kenner der Bismarckschen Politik wird nicht nur alle diese Fragen bejahen, sondern auch zugeben, dass in allen diesen Punkten, welche die hauptsächlichsten Leistungen der Re-

gierung auf innerem und äußerem Gebiete seit sechs Jahren umfassen, das gerade Gegentheil von dem geschehen ist, was Fürst Bismarck für richtig gehalten und angestrebt hätte. Der sich dies vergegenwärtigt, kann nicht einen Augenblick länger bestreiten, dass es auf Verleumdung des Fürsten Bismarck hinausläuft, wenn man ihm bei seiner Kritik der Regierungsleistungen seit 1890 persönliche vorwerfliche Motive unterstellt. Fürst Bismarck hat, abgesehen von den Hellen, wo er zur Abwehr persönlicher Angriffe, Verdächtigungen und Gerüchtfälschungen das Wort genommen hat, von keinem verfassungsmässigen Rechte der freien Meinungsäußerung immer noch Gebrauch gemacht, wenn er die Regierung auf einem Wege sah, von dem er als der ältere und erfahrenere Politiker genau wusste, dass er in den Stumpf führte. Hier zu schweigen, wäre Betrug und Untreue, wäre Feindseligkeit. Es ist die Pflicht jedes treuen Dieners seines Herrn, ihn zu warnen, und auch ungenossen ihm zu Hilfe zu eilen, wenn er sieht, dass er in Gefahr ist oder auf dem Wege, sich in solche zu begeben. Und wenn es noch eines ferneren Beweises für die Bezeichnung der Maßnahmen bedürfte, die Fürst Bismarck im Laufe der letzten 6 Jahre durch öffentliche Reden an Deputationen oder durch Artikel seines Hamburger Organs an die Regierung gerichtet, er würde schon dadurch erbracht sein, dass sich seit 1890 fast in allen Punkten der Regierungspolitik das Streben nach möglichst unaufrichtigem Burlesken des Staatswagens in die beiden verlassenen Gleise der Bismarckschen Politik zu beobachten ist. Wir sind überzeugt, dass jetzt weder die Handelsverträge, noch der Sanftmuthsvertrag, noch die Arbeiterchutzgesetze, noch die Caprivische Polenpolitik, noch die Preussische Landgemeinverordnungs einmal gemacht werden würden.

Andereorts hat Fürst Bismarck da, wo er die Regierung auf rechtem Wege sah, mit seiner Anerkennung und Zustimmung nicht zurückgehalten. Wir erinnern in dieser Beziehung nur an die sympathische Beurtheilung, welche das Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Krüger in den „Hamburger Nachrichten“ enthalten hat, sowie an die Anerkennung und energische Unterstützung, welche das Hamburger Organ des Altreichstanzlers der Befestigung Deutschlands an der franco-russischen Kooperation in der ostasiatischen Sache hat zu Theil werden lassen. Nach der persönlichen Seite hin aber wird es genügen, an die dankende Luitung zu erinnern, welche das Blatt dem Fürsten Hohenhausen im vorigen Jahre für sein ritterliches Eintreten für den Fürsten Bismarck ausgestellt hat, um zu bezeugen, dass es wirklich wahr ist, was Fürst Bismarck in einem seiner letzten Hamburger Artikel hat ausgesprochen lassen: dass es nur des geringsten Zeichens von wohlwollender Erinnerung an die Zeit Kaiser Wilhelm's I. und seines Königs bedürfte, um ihn manche existente Unbill vergessen zu lassen. Fürst Bismarck hat stets den Grundgedanken vertreten: *measures will men*, wenn er auch der Mittel — die zum großen Theile die Ziele und die Mittel des Fürsten Bismarck erst später begriffen und während lernte — verleiht durch die Ueberrmacht der Persönlichkeit, oft anders erschienen sein mag. Fürst Bismarck darf, wenn er, statuetur von Erosion und Ehren ohne Gleichen, den Abend seines Lebens dazu denkt, seinem Staate und Volke Rathschläge zu ertheilen, wie nur er sie zu ertheilen vermag, in Anspruch nehmen, vor jeder nachlässigen, unwürdigen und trüben Beurtheilung seines Thuns und Lassens verwahrt zu bleiben. Wenn er in der Angelegenheit des deutsch-russischen Neutralitätsabkommens für nöthig gehalten hat, mitzuthun, was mitzuthun werden ist, so darf man überzeugt sein, dass die Wirkung dieser Veröffentlichung von vornherein nach allen Seiten hin von ihm auf's Sorgfältigste auf ihre Tragweite hin abgesehen worden und dass sie überhaupt nur erfolgt ist, weil sie nöthig war, um unter dem Druck der öffentlichen Meinung die Möglichkeit aususchließen, dass es englischen Einflüssen wieder, wie vor sechs Jahren, gelingen könnte, Deutschland auf dessen Kosten zu Gunsten Englands mit Russland in Konflikt zu bringen.

Kernschreib- und Kernschreib-Berichte vom 9. Novbr.

Berlin. Die Kaiserin hatte sich heute früh auf die Nacht, dass der Oberhofprediger Dr. Frommel in Köln sehr stark darniederliege, nach Wien begeben: unterwegs erhielt sie Kenntniss von dem inzwischen erfolgten Tode Frommel's. — Das preussische Staatsministerium hat sich mit Rücksicht auf die Lage der inländischen Landwirtschaft damit einverstanden erklärt, dass die für die Zeit vom 1. März 1895 bis 1. Mai 1897 gewährte 20-prozentige Tarifermässigung für Tüngerlinter auf mehrere 5 Jahre bewilligt werde. — Der Reichstanzler Fürst Hohenhausen hat sich heute nach der Provinz Posen begeben, um als Mitglied des Verbandes des alten und befristeten Grundbesitzes im Regierungsbezirk an einer Präsenztagsung für das Herrschafts-Regiment. — Berlin. Die Berliner Korrespondenz meldet: Der Kaiser verleiht den Schillerpreis nach dem Vorschlage der Preisungskommission an Carl von Widenbruch für die Tragödie „Heinrich und Heinrichs Geisteslicht“. Der Preis besteht in 6000 Mark in Gold und einer goldenen Denkmünze. — Berlin. Die heftigste Volks-Partei hat bei dem Reichstag eine Interpellation eingebracht, die bereits nächsten Mittwoch auf die Tagesordnung kommen soll und in welcher angefragt wird, wie weit die Ermessungen über den Reichstagsbeschluss vom 20. April ds. J. in der Duellfrage geblieben sind und ob der Reichstanzler von den Vorgängen am 12. Okt. in Karlsruhe, wo der Reichstanzler von dem Vorsteher v. Bräsewitz getödtet wurde, Notiz genommen habe. Außerdem ist von derselben Seite der Antrag gestellt, durch Einschaltung einer Bestimmung in das Strafgesetzbuch festzusetzen, dass bei Verurtheilung zum Duell, Kartellregeln, Aufrechterhaltung eines Anderen zum Zweikampfe, neben Freiheitsstrafe auf Verlust der öffentlichen Aemter und der aus öffentlichen Aemtern hervorgehenden Rechte zu erkennen ist. — Dem Reichstage werden in den ersten Tagen seines Zusammentritts die Gesetzentwürfe, betreffend die Erweiterung der Reichsbahnenverbindungen und die

Revision des Altes- und Invaliditäts-Gesetzes zugehen. In der morgigen beginnenden 2. Beratung der Strafrechtsnovelle hat Abg. Rindel den sogenannten Strafrechts-Antrag eingebracht. Danach soll das Wiedereröffnungsverfahren wieder eingeleitet werden, wenn bei dem Urtheil ein Richter, Geschworener oder Sachverständiger mitgewirkt hat, welcher später in Griminalverfahren verurtheilt oder wegen Geisteskrankheit gerichtlich entmündigt worden ist, sofern glaubhaft gemacht wird, dass sich derselbe bereits zur Zeit der Fällung des Urtheils im Zustande der Geisteskrankheit befunden hat. Ferner beantragt Abg. Rindel, dass die Bestimmung, wonach der Gerichtspräsident auch bei demjenigen Gericht beizubehalten sein soll, in dessen Bezirk der Verurtheilte erkrankt worden ist, auch auf durch die Verleumdung begangene strafbare Handlungen keine Anwendung finden soll. Weitere Anträge bezwecken die Befestigung des Vermögens der Verleugter, Redaktoren und Drucker, sowie des Differentialen, wenn der verantwortliche Redakteur als Thäter bestraft ist. — Die Seebereitschaften hielt hier eine außerordentliche Generalversammlung zur Beratung der Frage der wasserrechtlichen Schotten ab. Ein Entwurf bezüglich der Vorarbeiten wurde nach lebhafter Debatte angenommen. Der amtierende Vertreter des Reichsamts des Innern hatte Namens der Regierung den Wunsch geäußert, noch vor Zusammentritt des Reichstags zu einem festen Entschlus über die Frage zu gelangen.

Przemysl. Am 26. ds. treffen die getödteten Mannschaften vom „Ails“ hier ein.

Regensburg. In dem Gesundheitszustand des Großherzogs ist eine Besserung eingetreten. Der hohe Patient konnte in den letzten Tagen mehrere Stunden das Bett verlassen. Die Ärzte nehmen zu, die Nachkur ist befriedigend.

Paris. Die von angeblich zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, hat das Militärgericht den Premerleutnant v. Pfeiffer wegen Tödtung des Technikers Siepmann zu 6 Jahren Festungshaft verurtheilt.

München. Der General z. D. Oberholmeier a. D. Febr. v. D. ist in San Remo gestorben.

Yamburg. Der „Diemitt Post“ meldet aus Petersburg: Am 27. Novbr. wurde der russische Hofzug, worin die Großfürstin Michael und Mikolai reiste, zwischen den Stationen Sumbatorow und Michailow im Gouvernement Krasn polsk auf freier Erde angehalten. Der Reichsinvestitor hatte bemerkt, dass an der Lokomotive alle Schrauben und Befestigungen gelockert waren und der Bestand der Lokomotive nicht war, wodurch große Gefahr drohte, dass der Hofzug, der mit Ungeschwindigkeit fuhr, ausgleite. Die Großfürstin, sowie die Großfürstin Olga und die Großfürstin Michael und Mikolai verließen daher den Salonwagen und begaben sich zu Fuß nach der nächsten Station Michailow. Der Hofzug wurde genau untersucht. Mehrere Eisenbahnbeamte der Station Sumbatorow sind wegen Verdachts eines beschuldigenden Attentats verhaftet worden.

Neuenburg. Die Leiche des Herzogs Wilhelm von Württemberg wurde gestern im Beisein der Herzogin Mathilde und des Herzogs Mikolai in der hiesigen evangelischen Kirche aufgebahrt, von wo aus morgen die Beisetzung unter militärischen Ehren erfolgt.

Paris. Der ehemalige deutsche Offizier und Militärgouverneur des jetzigen deutschen Kaisers Schöner a. Danne ist hier eingetroffen. Er hatte sich in der Zeit, als Preussischer französischer Kriegsmilitär war, in landesverrätherische Umtriebe eingelassen, wurde auf Verlangen der deutschen Botschaft in Paris von der Schweiz auf Deutschland ausgeliefert und zu 9 Jahren Gefängnis verurtheilt. Nachdem er diese Verbüßung machte er hier einen Advokaten, die deutsche Botschaft um eine Entschädigungssumme von 30 Mill. Frs. zu verlangen, doch sind er bisher keinen Anwalt.

Rom. Fast alle Päpste Ober- und Mittelitaliens sind im Steigen. Der Liber ist während der Nacht bei Città di Castello aus den Mann getreten und hat die Stadt theilweise überdeckt, wodurch eine Panik hervorgerufen wurde. Verläste an Menschenleben sind nicht vorgekommen.

Citta di Castello. Das Hochwasser der Tiber hatte eine Höhe von 4 Metern erreicht. Der vierte Theil der Wohnungen war überschwemmt. Mehrere Häuser sind fortgerissen, darunter die Eisenbahnbrücke; Mühlen und Bäume sind verdrückt. Nach den bisherigen Feststellungen sind vier Personen um's Leben gekommen. Nachdem das Wasser jetzt fast ganz zurückgetreten ist, bieten die Häuser einen trübsamen Anblick.

Basel. Der Direktor der Bundesbank in Neuenburg, Mikolai, wurde wegen Unterschlagung von 1 1/2 Millionen Frs. zu 6 Jahren Gefängnis, der Subdirector Chacablin wegen Beihilfe dazu zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt.

Neuenburg. Die Unterschlagungen für das Volks-Initiativ-Begehren betreffend die Verstaatlichung der Eisenbahnen haben noch nicht die Zahl 3000 erreicht. Die Sammlung schließt am 6. Dezember. Man glaubt nicht, dass die erforderlichen 3000 Unterschlagungen zu Stande kommen werden.

Madrid. Die aus Sevilla gemeldet wird, ist ein Dampfboot, an dessen Bord sich eine Vergnügungsgesellschaft von 17 Personen befand, welche auf dem Guadalquivir unten lagen wollte. Plötzlich erfolgte ein Zusammenstoß gegen ein, wobei im Ganzen 21 Personen ihren Tod in den Wellen fanden.

London. Der Dampfer „Tiber“ kollidierte bei Newburyland mit dem Schooner „Magpie“, wonach letzterer sank. Neun Männer und vier Frauen ertranken, zehn Personen wurden gerettet.

Bombay. In Scholapur (Provinz Bombay) fanden erste Unruhen statt. Ein aus etwa 1500 Soldat bestehendes Detachement wurde von einem Volkshaufen von ungefähr 5000 Personen angegriffen. Die Soldaten, welche alsbald herbeigeeilt waren, suchte vergeblich der Blindenrecht Einhalt zu thun und war anzuwenden. Zwei zu geben. Dabei wurden 4 Soldaten getödtet und 6 verwundet, worauf der Haufen auseinanderging. Man hält weitere Unruhen in derselben Gegend für wahrscheinlich.

Die heutige Berliner Börse vertheilte Anfangs in veränderter Haltung, die später von ausgebrochen matter Tendenz abgelöst wurde. Diese Marktstimmung zeigte sich jedoch weniger in den Kursen, als in der allgemeinen Stimmung. Von den westlichen Plätzen, namentlich von London, kameten die gestrigen Berichte wohl ziemlich zuverlässlich, doch wurde für Einkauf durch starke Abgaben seitens der Wiener Börse, besonders in Kreditaktien, Eisenbahnen und Montanwerthen, völlig befristet. Der Verkehr war hier sehr ruhig, es zeigte sich keinerlei Unternehmungslust. Man wartet die weitere Gestaltung der Gesamtlage ab, der man stetig gegenübersteht, um so mehr, als der Geldmarkt auf's Neue eine Vertheilung aufweist. In erster Linie wurden Bankaktien von der schwachen Haltung beengelt, davon Kreditaktien. Gemilderte Berthe ist durchweg niedriger und still. Am Markt für Eisen-

Triumph-Seife